

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 41

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorabbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 8. Oktober 1926.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich in Köln, Benloewwall 9. Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

27. Jahrg.

Klassenkampf und Ethik.

Der Klassenkampf ist seit Marx und Engels die Seele des Sozialismus, alles andere Reden und Geschrei nicht mehr als Drum und Dran. Eine Klasse von Menschen, insonderheit der Industriearbeiter, schließt sich selbst von der übrigen Volksgemeinschaft aus, erklärt eine andere Gruppe zu ihrer Feindin und erklärt ihr den Kampf bis aufs Messer, will ihr gegenüber die eigenen Ansprüche um jeden Preis, mit allen Mitteln, etwa durch den Klassenkampf, durchsetzen. Jede Schädigung, jeder Verlust des Gegners ist eigener Gewinn, der frohlockend eingeheimelt wird. Ausschlaggebende Richtschnur alles Handelns ist der Erfolg, dieser ist die „Klassenethik“.

Die Klassenkämpfer sind nicht die ersten, die eine allgemein bindende Ethik ablehnen, die sich ihre eigene „Moral“ schaffen, die Ethik als Band, welches das gesamte Leben umschlingt, wurde zuerst zu Beginn der Neuzeit von Machiavelli zugunsten der Politiker gesprengt. Die Politik sollte keine Bindungen vertrogen können. In der Realpolitik entscheide allein Zweck und Erfolg über die Unerlaubtheit oder Zulassung von Mitteln. Damit war ein Keim von gewaltiger Erieckkraft in das

Kulturleben des Menschen

hineingeworfen, der erschrecklich weiter wuchern mußte. Denn das ganze große Leben ist eine einzige Einheit, und vom Geiste lassen sich nicht Einzelstücke herauschneiden und besonders präpariert verkapseln. Was den Politikern recht war, mußte dem Wirtschaftler, den Unternehmern und Großindustriellen recht sein. Gilt in der Politik nur der Erfolg als Maßstab der Rechtmäßigkeit, so in der Wirtschaft nur der Profit, das Geld. Die so zwingenden gerissenen Bände der allgemeingültigen Ethik wollte dann der Philosoph Nietzsche auch für das Privatleben vollständig zerstören, indem er sein „Jenseits von Gut und Böse“ in die Welt hineinrief. Wer kann es unter diesen Umständen den wirklich Bedrückten und Ausgebeuteten verdenken, wenn sie sich organisierten und zum Gegenschlag ausholten, dem Klassenkampf? Seelisch verständlich ist dieser Vorgang, aber mit Schmerz denken wir an das Wort: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses muß gebären.“

Jahrzehnte sind seit der Klassenkampfanlage verfloßen; mit klarem Blick schauen wir heute auf all das Vergangene zurück, mit reiferem Urteil und abgeklärter Erfahrung, auch mit Besorgnis sehen wir in die Zukunft. Was wird werden, wenn nicht zum Abbruch des Kampfes und zu allgemeinem Sammeln geblasen wird, wenn der Kampf mit verstärkter Schärfe bis zur Entscheidung weitergeht, bis zur Vernichtung des Gegners und zum bitteren Ende? — Der ganze

Widerstand des Klassenkampfes

geht schon daraus hervor, daß beide Gegner notwendige Hebel an ein und derselben Wirtschaftsmaschine, daß sie also natürliche Verbündete sind. Die Niederbrechung des einen müsse unbedingt die Lahmlegung des anderen zur Folge haben. Der Endsieg eines Gegners wäre also zugleich die Vernichtung beider. Von der „Diktatur des Proletariates“ aber wird wohl kaum jemand noch das allgemeine Heil und die Befreiung der ganzen Menschheit erwarten, seit wir bei uns die kleine Probe des Novembers 1918, und das große Schreckensbeispiel in Rußland miterlebt haben. Wenn das Bestreben und heiße Bemühen von Millionen doch noch dem Klassenkampf gilt, zeugt das von verblendetem und eingegengtem Geist. Das ist auch nicht verwunderlich, denn Geist und Leben sind nun einmal eine Einheit, und die egoistische Absonderung des Klassenkampfes muß auf den ganzen Menschen umgestaltend einwirken. Er kann sich zu höherer, allgemeiner Gerechtigkeit nicht mehr erheben, sieht das ganze Leben aus der Niederung des Hasses und der Bitterkeit an, wird allmählich auch im Berufs- und Privatleben bitter und gehässig und läuft überall mit geladener Flinte umher. Der Klassenkampfgedanke vergiftet den ganzen Menschen, läßt keine edle und freie Persönlichkeit sich auswaschen. Schon wegen dieser allgemein menschlichen Wirkung ist der Klassenkampf auf das entschiedenste zu bedauern. Jede Zusammenarbeit von größerem Ausmaß in menschlicher Gemeinschaft wird dadurch unmöglich gemacht.

Das haben die sozialistischen Führer zum großen Teil auch selbst eingesehen, sobald sie bei der Neuordnung der Gesellschaft das bloße Regieren und Opponieren aufgeben mußten und an verantwortlicher Stelle zeigen sollten, was sie positiv leisteten. Da war es mit der klassenkämpferischen Absonderung, und dem wütenden Feldgeschrei vorbei, und an Stelle der so lange gepredigten Gewalt trat der Geist, das Wort und die Verhand-

lung. Fruchtbringende Arbeit will eben positiv vollbracht sein, nicht in Kampfgetöse, dessen Feldgeschrei das eigene Ich und der Egoismus der Klasse ist.

In den verfloßenen Jahrzehnten hat der Klassenkampfgedanke seine Wurzeln tief in das Innere seiner Anhänger versenkt, und vielfach sind sie noch verflochten und verfilzt mit dem egoistischen

„Jenseits-von-Gut-und-Böse-Gedanken“

der übrigen Umwelt. Eine Heilung und Ueberwindung kann deshalb in allererster Linie auch nur aus dem Innern des Menschen kommen. Ihre geistige Atmosphäre, ihr Sinn muß geweitet, belichtet und geöffnet werden für die Sonne der Gerechtigkeit und die wohlige Wärme des Verständnisses und der Liebe. Auf das große Ganze, auf das Allgemeinwohl, auf die eigene edlere und höhere Lebensführung muß das Auge hell gerichtet werden, nicht aber darf es gierig auf den Geldbeutel des Gegners stieren, um die abgezackten Pfennige, weiter die Bitternis und den Haß steigern zu lassen. Nicht auf Zerstörung darf das Ringen ausgehen, sondern mit heißem Blut gilt es aufzubauen und zu bessern. Nur wenn der Charakter des einzelnen straff nach dem Leitgedanken der Gerechtigkeit und Liebe organisiert ist, wird die große Organisation zum Besten der Allgemeinheit Erfolge erzielen.

Aber, wird man einwenden, was nützt die geistige Umstellung der Arbeiterschaft, was ihre Persönlichkeitsausbildung und ihre Friedensbereitschaft, wenn der Gegner durchaus nicht will und solche Gesinnung nur zum größeren eigenen Profit ausbeutet, mit hämischen Lächeln das gutmütige Schäflein nur desto gründlicher scheren wird? Oho, so ist das auch nicht gemeint. Auch die Gegner sind ja Klassenkämpfer, sogar, wie schon oben nachgewiesen, zeitlich frühere, und sie trifft da, wo sie schuldig sind, eine noch größere Verantwortung, da sie doch im Durchschnitt die geistig Ueberlegenen sind. An sie ergeht daher zu allererst die Mahnung zu geistiger Umstellung, zur

Reinigung und Anfrischung der gespannten Seiffesatmosphäre.

Und schließlich werden auch sie ja die Vernunft haben, sich zu sagen, daß — abgesehen vom zweifelhaften Ende eines Kampfes bis aufs Messer — eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu allgemeinem, auch ihrem, Besten ist, und sein muß. Aber wir können wohl mit Befriedigung feststellen, daß der Gedanke der Wirtschaftseinheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Idee der sozialen Gerechtigkeit und Liebe, kurz die Forderung der Ethik in ganzer Gültigkeit für das Wirtschaftsleben marschiert und immer zahlreichere Eroberungen in Arbeit-geberkreisen macht. In der Arbeiterschaft aber ist ungeheuer viel, ja alles, erreicht, wenn sie innerlich freier und edler geworden ist, wieder mit Sonne im Herzen durchs Dasein geht und zum wirtschaftlichen Frieden bereit dasteht. Wirtschaftliche Kämpfe müssen ihr als bitteres, notwendiges Uebel vorschweben, und gern muß ihre zwingende Faust stets sich zum veröhnenden Handschlag öffnen wollen. Georg Nowotnick.

Verbraucherwoche.

Die Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine werben in der Woche vom 3. bis 10. Oktober einheitlich für den Zusammenschluß der Verbraucher. Eine ganze Woche auf die Werbe- und Aufklärungsarbeit der Genossenschaften eingestellt; das ist etwas Neues, ein erster Versuch! Haben wir nicht ein besonderes Interesse daran? Kollege Jakob Kaiser, Köln, schrieb vor einigen Jahren in einer Broschüre („Die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen“):

„Wir streben nach neuen Formen im Wirtschaftsleben, nach Formen, die besser sind als die bisherige Ordnung. Mit Reden, Forderungen und Gesetzen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Was wirklicher Fortschritt sein und Wert und Bestand haben soll, muß in praktischer Wirtschaft selbst organisch wachsen und reifen. Die Arbeit der Konsumvereine ist mit der beste Wegbahner für Regelung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinschaftsbelange. In den Konsumgenossenschaften lernt der einzelne mit dem Genossen wirtschaften. Er erkennt das Mögliche und lernt das Unmögliche abschätzen. Dies gibt die sicheren Fundamente ab, auf denen allein aufbauende Arbeit im Sinne der Wirtschaftsumgestaltung erfolgen kann.“

Darin liegt kurz und klar ausgedrückt, was wir wollen: aber auch was der einzelne tun muß, wenn wir zum Ziel kommen wollen. Daß es notwendig ist, nach der Verwirklichung des sozialen Gemeinschaftsgedankens in der Wirtschaft zu streben, beweist uns leider jeder Tag aufs neue. Das persönliche Gewinnstreben ist doch das größte Hindernis in unserem genossenschaftlich-

gewerkschaftlichen Streben nach einer gerechten Bewertung der Arbeitskraft, auch für den Arbeiter gegenüber einer geradezu unsinnigen Ueberbewertung für zahlreiche „führende und leitende Personen“ in der Wirtschaft.

Daß es möglich ist, zu einem größeren Einfluß der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu kommen, dafür ist der Stand der wirtschaftlichen Eigenunternehmungen der Arbeitnehmer doch der beste Beweis. Konsumgenossenschaften, Bau- und Produktiogenossenschaften, Volksbank, Volks- und Feuer-Versicherung usw., sie alle mußten einmal anfangen; mußten sich ideell und materiell durchsetzen, und jahrelanger Arbeit bedurfte es, bis sie den heutigen Stand erreichten. Mußte unsere gesamte Gewerkschaftsbewegung nicht auch einen langen und schwierigen Weg vorausgehen, ehe solche Aufgaben eigenwirtschaftlicher Unternehmungen in unseren Reihen aufgebaut werden konnten? Und dürfen wir uns nun nicht freuen über die bisherigen Erfolge? Jede einzelne der vorgenannten eigenwirtschaftlichen Unternehmungen kann mit bedeutsamen Zahlen und Werken den Nachweis bringen, daß Großes geschaffen ist und darin liegt auch der Nachweis, daß sich noch Größeres schaffen ließe.

Wird alles das auch von den Kollegen in unseren Reihen anerkannt mit der rechten Freude an dem so oft betonten und geforderten „Mitbestehen in der Wirtschaft“? Oder ist nicht die Kritik am Vorhandenen größer, als die so notwendige Freude an dem, was sich an ein Werk, das noch vollendet werden muß und vollendet werden soll? Und diese Mitarbeit des einzelnen Kollegen ist hier genau so notwendig als in der gewerkschaftlichen Arbeit. „Rom ist nicht an einem Tage erbaut.“ Der Sinn dieses Satzes ist allen bekannt. Aber die gewaltigen wirtschaftlichen Kräfte, die uns heute in den Fabrikantenverbänden und Konzernen entgegenstehen, sind auch nicht in wenigen Jahren zu ihrer Machtposition gekommen. Einigkeit, Willens- und Gesinnungsgemeinschaft, klares und bewußtes Streben zu einem gemeinsamen Ziel verband hier die Träger stets und darin lag und liegt auch heute noch für sie die Kraft zu größten Leistungen, die wir anerkennen müssen. Und wie ist es in den Genossenschaften? Ist nicht der Kerngedanke der Mitgliedschaft vorwiegend die Antwort auf die Frage: Was habe ich davon? Was nützt alles Schimpfen auf die Auswüchse der Reaktion, wenn wir beim nächsten Einkauf für den Haushalt darauf hereinfallen? Was nützt uns das Schimpfen auf die Preisdiktatur der Fabrikantenverbände, wenn wir bereitwillig ihre Preise zahlen, obwohl gleichwertige und billigere Waren aller Art aus der Eigenproduktion der vereinigten Verbraucher-Genossenschaften zu haben sind? Stellen wir uns selbst in diesen Tagen der „Verbraucherwoche“ ernsthaft die Frage, weshalb die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in unserem Gesamtlager noch nicht das sind, was die Kritiker in unseren Reihen vollendet sehen möchten; dann kann die ehrliche Antwort nur lauten:

Wir haben auch in unsern Reihen leider noch mehr Materialisten als Ideenträger, und doch heißt es auch für uns nach alter Erfahrung: daß eine Bewegung aus dem Glauben an ihre Idee die größte Kraft schöpft. Das klar erkannte Ziel ist es, das den Willen zum Handeln immer neu belebt und stärkt. Eine Bewegung ohne Idee ist der Erstarrung und dem Verfall übergeben. Der beste Kampf gegen fremde Ideenwelten ist immer die schöpferische Arbeit im Dienste der eigenen Idee.

Das Schlagwort ist in unsern Reihen vielfach noch bedeutend stärker als das Besinnen und das Vertrauen auf unsere eigene Kraft. Freiherr vom Stein hat einmal den Gegnern seiner Reformbestrebungen gesagt, daß das Verständnis für die große Politik im Staate seinen Weg nehmen müsse über das Verstehen der Erfordernisse in der Heimatgemeinde. Gilt das nicht auch in praktischer Anwendung für das wirtschaftliche Verstehen der zusammenhängenden Voraussetzungen einer erfolgreichen Gemeinwirtschaft? Erst örtlich etwas leisten, dann ist die Grundlage für einen Erfolg in der größeren Gemeinschaft gegeben.

Denken wir daran in der „Verbraucherwoche“. Stellen wir uns überall bereitwillig auch hier in den Dienst unserer Sache — und stellen wir nicht schließlich gar noch als christliche Gewerkschaftler unsere Kaufkraft in den Dienst der freigewerkschaftlich-sozialistischen Genossenschaften, wie es leider auch noch vorkommt. Erfassen wir in der „Verbraucherwoche“ so recht die Tatsache, daß die Gegner des sozialen Gemeinschaftsgedankens in der Wirtschaft nur dann vergebens um den Endkampf ringen, wenn ihnen eine geistig regere Arbeitnehmerschaft entgegentritt, die geeinigt ist unter einem Ziel, einem Willen und einer starken Vertrauen auf die eigene Kraft.

Menschenökonomie.

In den letzten Jahren haben unsere Großstädte Berufsberatungämter eingerichtet, wo dem Nachwuchs für unsere Wirtschaft bei der Wahl des Berufes mit Rat und Tat geholfen werden soll. Die diesen Berufsberatungsstellen zur Verfügung stehenden psychologischen Institute sind, wie eine Befichtigung jedem Interessierten zeigen wird, mit derart guten Hilfsmitteln ausgestattet, daß die Feststellung der Eignung des zu prüfenden Menschen für diesen oder jenen Beruf schon möglich ist. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, manchen jungen Menschen von einem Gewerbe fernzuhalten, für das er nicht die geringste Eignung besitzt und in dem er deshalb niemals eine vollwertige Arbeitskraft werden kann. Die Berufsberatung leidet aber vielfach noch unter dem Mangel an geeigneten Persönlichkeiten. Der Berufsberater muß nicht allein über weitgehendste Menschenkenntnis verfügen, sondern auch unsere Wirtschaft in ihrem Stand und ihrer voraussichtlichen Entwicklung beurteilen können.

Der Staat versucht jetzt unter Anwendung größerer Mittel diesem Mangel abzuwehren, indem er Lehrgänge für Berufsberater abhält. In diesen Kursen sollen in zehnwöchiger Schulung nicht allein für die Großstädte, sondern auch für Mittel- und Kleinstädte, sowie für die größeren Landgemeinden Personen herangebildet werden, die das schwere Amt eines Berufsberaters ausüben können. Die Teilnehmer dürften aber bald einsehen, daß für eine erfolgreiche Tätigkeit jahrelange Erfahrung und Selbstschulung notwendig ist.

Wir müssen es als Gewerkschaftler begrüßen, wenn der Staat hier helfend eingreift. Nur scheint uns die Prüfung des in das Erwerbsleben Eintretenden sehr einseitig zu sein. Besonders bei den handwerksmäßigen Berufen liegen die Dinge doch so, daß die spätere Fachtätigkeit des in die Handwerkslehre eintretenden Menschen nicht allein von seiner Fähigkeit, sondern auch von der Eignung und Eignung des Lehrmeisters abhängt. Wie mancher wirklich brauchbare Lehrling ist nur deshalb kein brauchbarer Geselle geworden, weil ihm in der Lehrzeit keine genügende Ausbildung zuteil wurde. Bis heute genügt es für den Lehrherrn, daß er die Meisterprüfung gemacht hat, um Lehrlinge anzunehmen. Eine Prüfung der Frage, ob in dem Betriebe des Arbeitgebers auch eine fachmännische Ausbildung des Lehrlings möglich ist und vor allem, ob sie vorgenommen wird, tritt nicht ein. Zu dem kommt, daß noch lange nicht jeder Lehrmeister, der selbst sein Handwerk versteht, auch in der Lage ist, die Fachkenntnisse einem Lehrling zu übermitteln. Noch schlimmer liegt es oft in spezialisierten Betrieben, wo die Lehrlinge oft nur mit einigen Spezialarbeiten vertraut werden. In diesen Fällen kann eigentlich von der Ausbildung eines Handwerkers keine Rede sein. Hier werden angeleitete Spezialarbeiter geschaffen, die später in nicht gleich gelagerten Betrieben derselben Branche gar nicht als Facharbeiter fertig werden können. Diese jungen Leute haben dann sehr oft eine dreieinhalb- bis vierjährige Lehrzeit durchgemacht und nur soviel an Kenntnissen gewonnen, als man sich unter günstigen Lehrverhältnissen in einem Jahre aneignen kann. Der Lehrling ist dann eben eine billige Arbeitskraft für den Lehrmeister, ein Handwerk hat er bei der Beendigung der Lehrzeit aber bestimmt nicht gelernt.

Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden? Wenn man diese Frage beantworten will, so muß man prüfen, wie das Lehrlingswesen heute gesetzlich geregelt ist. Es ist den Hand-

werkskammern und den Handwerkerinnungen in die Hand gegeben. Die zur Zeit bestehenden Gesellenauschüsse haben kaum eine praktische Bedeutung. Der Staat, welcher jetzt durch die Berufsberatungsstellen Menschenökonomie betreiben will, könnte hier billig eine Aenderung herbeiführen, wenn er neben den Handwerksmeistern in den Innungen den Handwerksgehilfen durch ihre Berufsverbände den ihnen gehörigen Einfluß auf das Lehrlingswesen geben würde. Durch gemeinsame Festlegung der Lehrvertragsbestimmungen und Ueberwachung der Lehrlingshaltung würde sich sehr bald eine Besserung der Verhältnisse erreichen lassen. Besonders wenn den Ueberwachungskommissionen das Recht zuerkannt würde, Lehrverträge aufzuheben und Entschädigungen der Lehrmeister an die Lehrlinge festzusetzen, sobald festgestellt wird, daß durch das Verschulden oder durch die Unfähigkeit des Lehrmeisters keine genügende Ausbildung möglich und damit eine schwere Schädigung des Lehrlings zu befürchten ist.

Wenn der Staat Menschenbewirtschaftung — etwas anderes besagt das Wort Menschenökonomie letzten Endes nicht — betreiben will, so muß auch der Arbeitnehmer nicht nur als Objekt, sondern als Subjekt gemertet werden. Die Wünsche der Wirtschaft müssen mit den Notwendigkeiten für das Wohlergehen der zu bewirtschaftenden Menschen in Einklang gebracht werden. Hierfür, besonders in der Lehrlingshaltung, die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist Aufgabe des Staates.

Aus dem Jahresberichte des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes für das Jahr 1925.

(Schluß.)

Die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände in Arbeiterfamilien geben geradezu ein erschreckendes Bild. Die vorgenommene Wohnungserhebung läßt deutlich erkennen, daß unter der Wohnungsnot die arbeitende Bevölkerung stark leidet. Der Bericht ist zu umfangreich, um ihn wiedergeben zu können. Es dürfte aber ein Fall genügen, um blickartig zu beleuchten, in welchen traurigen Zuständen sich Arbeiterfamilien befinden.

Die Ergebnisse von Familienbesuchen, die sich nur auf Karlsruhe beziehen und sich auf 12 Familien erstrecken, lassen erkennen, daß die 12 Familien 83 Mitglieder zählen. Eine Familie also im Durchschnitt 7 Personen. Die 12 Familien besitzen insgesamt 53 Kinder. Die mindeste Kinderzahl einer Familie ist 2, die Höchstzahl 11 Kinder.

In den 12 Wohnungen ist in 10 Fällen eine Küche vorhanden; in einem Fall ist ein Mansardenzimmer als Küche eingerichtet, in einem anderen Falle ein größeres Zimmer durch Kasten und Vorhang in 2 gleich große Räume geteilt, von denen einer als Küche benützt wird. Die Küche ist im Mittel 13,6 qm groß und hat 35,5 cbm Luftraum.

Die Zimmerzahl schwankt zwischen 1 und 3 Zimmern, insgesamt weisen die 12 Wohnungen 21 Zimmer auf; davon wird 1 Zimmer wegen allzugroßer Feuchtigkeit nicht bewohnt. Die mittlere Größe der Zimmer ist 12,72 qm Bodenfläche und 30,55 cbm Luftraum.

Die badische Landesbauordnung bestimmt in § 149: Die Benützung der Schlafräume soll in der Weise geschehen, daß auf jede Person mindestens 10 cbm Luftraum und mindestens 3,5 qm Bodenfläche entfallen.

Untersucht man die 12 Wohnungen daraufhin, so ergibt sich folgendes:

Auf den Kopf der Familie entfallen, im Mittel 5,83 qm Bodenfläche der Wohnung überhaupt (Küche mit ein-

gerechnet). An eigentlichem Wohn- und Schlafräumen kommen auf den Kopf der Familie im Mittel 3,99 qm Bodenfläche, also nur rund einen halben qm mehr als die badische Landesbauordnung als Mindestfläche fordert. Die kleinste Bodenfläche mit 1,91 qm auf den Kopf (!) liegt weit unter der vorgeschriebenen Mindestfläche. Die Höchstgrenze beträgt 6,75 qm auf die Person.

Schlaf- und Wohnzimmer ließen sich nun bei den Familienerhebungen nicht trennen, da in jedem bewohnten Zimmer zum mindesten ein Bett stand. In den eigentlichen Schlafräumen entfallen auf eine Person im Durchschnitt nur 3,3 qm.

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt man, wenn man den Luftraum auf den Kopf der Familie umrechnet. Auf den Kopf entfallen (nur die Zimmer berechnet) im Mittel 11,31 cbm Luftraum; das Mittel liegt also etwas über dem geforderten Mindestluftraum von 10 cbm. Die niederste Grenze beträgt 6,07 cbm, die Höchstgrenze 21,20 cbm Luftraum. In den Schlafräumen entfallen nur 9 cbm Luftraum auf eine Person.

In den 12 Familien sind insgesamt 48 große Betten und 7 Kinderbetten vorhanden, in denen die 83 Personen untergebracht werden müssen. Die Anzahl der in den Familien (mit 4 bzw. 10 Familienangehörigen) vorhandenen Betten schwankt zwischen 2 und 7. Die mittlere Belegungsstärke der Betten beträgt 1,5 Personen. In zwei sehr ungünstigen Fällen schlafen 3 Personen in einem Bett; es kommt in den 12 Familien nicht vor, daß für jedes Familienmitglied ein Bett zur alleinigen Benützung zur Verfügung steht. Im allgemeinen — Kinder ausgenommen — wird darauf geachtet, daß nur Gleichgeschlechtliche in einem Bett schlafen.

Die Betten selbst bilden in den Zimmern den Hauptbestandteil der vorhandenen Möbel; sie füllen den Schlafräumen in den meisten Fällen fast vollständig aus. Die Aufstellung der Betten ist bedingt durch die Enge des Wohnraums, so daß gesundheitliche Rücksichten darunter Not leiden; so stehen z. B. in einem nur 2 m breiten, 4 1/2 m langen und 3 m hohen Zimmer insgesamt 3 Betten und ein Ofen; in diesen Betten sind 6 Personen untergebracht. In einem anderen Fall steigt die Zimmerwand unmittelbar über dem Kopfende des Bettes schief aufwärts, so daß der in diesem Bett schlafende Mann über Kopfhöhe klagt, da nur wenige Handbreit über seinem Kopf die Dachdecke hinläuft.

Trotz der Uermlichkeit der Wohnungen stellt die Miete für die Familien teilweise eine große Belastung dar:

Miete in RM. für die Woche	In % des Einkommens	Miete in RM. für die Woche	In % des Einkommens
1. 4,12	12,1	7. 2,55	16,6
2. 3,75	7,8	8. 1,25	3,1
3. 3,62	14,4	9. 3,75	6,1
4. 5,—	25,—	10. 5,—	17,8
5. 4,25	8,6	11. 10,37	14,8
6. 10,—	27,7	12. 3,75	9,8

In den Fällen 6 und 8 wird die Miete nicht in bar entrichtet, sondern durch Dienstleistungen entgolten. Läßt man diese beiden Fälle unberücksichtigt, so beträgt die Miete für die Woche von 6,1 % bis zu 25 %, im Mittel 13,3 % des Einkommens.

Das Familienleben der meisten Familien spielt sich tagsüber in der Küche ab, Kochen, Essen und Wohnen. Hier wird in sämtlichen 12 Haushaltungen auch die Wäsche gewaschen, da eine Waschküche fehlt; bei schlechtem Wetter wird die Wäsche auch in der Küche getrocknet. Doch werden Arbeiten mehr gewerblicher Art darin nicht ausgeführt. In manchen Fällen, wo ein brauchbarer Keller

Deutschland, Europa und die Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Kriege.

Ich habe in meinen verschiedenen Ausführungen über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge der Gegenwart vorwiegend zwei Annahmen verfolgt: den europäischen Uebernormalbedarf und die Renorientierung in der Zusammensetzung der Weltwirtschaft. Wie weit diese Annahmen eine Berechtigung haben, darüber soll in nachfolgenden Ausführungen den Nachweis zu erbringen versucht werden.

Sehen wir aus von zwei Zahlen: Der Gesamtumsatz der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Warenverkehr entsprach im Jahre 1913 einem Wert von 20 866,9 Millionen Mark, im Jahre 1924 einem solchen von nur mehr 15 670,5 Millionen Mark. Das bedeutet für das Jahr 1924 einen Rückgang um 5 196,6 Millionen Mark. Von dem Gesamtumsatz des Jahres 1913 entfiel auf die Ausfuhr ein Wertanteil von 10 097,2 Millionen Mark, auf die Einfuhr ein solcher von 10 769,7 Millionen Mark. Die deutsche Handelsbilanz war im Jahre 1913 demnach mit einem Einfuhrüberschuß von 672,5 Millionen Mark passiv. Trotzdem nach dem Krieg im Jahre 1924 der deutsche Gesamtumsatz um 5 196,6 Millionen Mark zurückging und die Ausfuhr bis auf 6 534,8 Millionen Mark abfiel, stieg der Uebersehuf der Einfuhr (9 135,5 Millionen Mark) über die Ausfuhr auf 2 600,7 Millionen Mark an und vergrößerte den Passivsaldo der Handelsbilanz um eine Zunahme von 1 928,2 Millionen Mark über den Vorkriegsstand. Während also der Umsatz der Wirtschaft um zirka ein Viertel abgenommen hatte, war die Befriedigung der deutschen Volkswirtschaft aus den Erzeugnissen der Weltwirtschaft auf das Vierfache angewachsen!

Ein Blick in die Entwicklung des Verbrauchs zeigt uns, welche Bedürfnisse die Träger der starken Bedürfniszunahme geworden sind. Gemeinhin teilt man die Verbrauchsgüter ein in Lebensmittel, Getränke, Rohstoffe, Halbzeug und Fertigerzeugnisse. Nach dieser Einteilung betrug der Bedarf an eingeführten Lebensmitteln im Jahre 1913 = 25,1 % der deutschen Einfuhr. Dieser Bedarf erhöhte sich im Jahre 1924 auf 28,7 %. Davon am stärksten betroffen war die Einfuhr von Mehl und Mülereierzeugnisse (2,1 % der Gesamteinfuhr, 1913 = 0,0 %), darunter 1,1 : 2,0 %, Roggen, Weiz, Getreide, Schmalz (1,3 : 2,1 %)

Oel usw. Wesentlicher noch war die Einfuhrzunahme in der Gruppe der Fertigerzeugnisse: 1913 = 12,4 % der Gesamteinfuhr — 1924 = 18,9 %. Hier steht an erster Stelle die Zunahme an eingeführter Baumwolle. Und zwar an bm. Geweben von 0,6 % 1913 auf 3,3 % 1924 und an Baumwolle selbst (1 : 3 %). Dann folgt Kunstseide mit 1 : 2,5 %, sonstige Gewebe 0,4 : 1,2 %, Kleidung, Wäsche, Leder, Stab- und Formeisen (0,1 : 0,8 %), Bleche und Draht, Eisenbahnoberbaumaterial 0,0 : 0,3 % usw. Dagegen ging die Einfuhr an Rohstoffen insgesamt von 36,0 % auf 49,4 % zurück. Neu ist aber gerade die Rohstoff- und Halbzugeinfuhr in den Industrieländern mit beschränkter Rohstoffbasis ein Hauptfaktor für sowohl die Eigenversorgung als die Veredelungsarbeit für die Weltwirtschaft. Ihr Rückgang ist also normalerweise an sich schon ein bedenkliches Zeichen. So auch hier. Nur einige wenige Rohstoffe haben von der deutschen Wirtschaft eine stärkere Nachfrage erfahren. Rohstoffe, deren Verarbeitung die typische Anpassung der Qualität bei gleicher Quantität an die gegebene Kaufkraft darstellen. (Baumwolle, Kunstseide). Der Reihe nach betroffen von dieser Zunahme waren: Baumwolle mit 3,9 % 1913 und 8,9 % 1924, Wollebaare 4,7 : 8,5 %, Steinkohlen 1,8 : 2,9 %, Rohtabak 1,2 : 2,2, und Hopfen mit 0,1 : 0,4 %. Bezeichnend ist die Einfuhrzunahme an Steinkohlen, die mit das wichtigste deutsche Exportgut darstellten. Betrag doch ihr Ausfuhranteil im Jahre 1913 allein 3,1 %. (1924 = 0,0 %!)

Ziehen wir aus den vorstehenden Zahlen das Fazit: Obwohl der Umsatz der deutschen Wirtschaft geringer geworden ist, als er vor dem Krieg war, und die Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung nahezu um 25 % abgenommen hat, zeigt die außerordentlich große Zunahme der Passivsaldo doch, daß die Zahl der Bedürfnisse nicht nur relativ zur Wirtschaftskraft wesentlich zu hoch war, sondern auch daß ein Wechsel in der Richtung der Bedürfnisse stattgefunden hat. Und zwar unter starker Bevorzugung ausländischer Fertigerzeugnisse und Lebensmittel. Diese Tatsache ist sowohl ein Zeichen dafür, wie sehr die Eigenversorgung der deutschen Volkswirtschaft bei auswärtiger Drosselung der eigenen Produktivkräfte zurückgegangen ist, als sie zeigt, wo die Bindungen an die Weltwirtschaft zu suchen sind. Nach der Bilanz von 1924 vermag sich das deutsche Volk weder selbst zu ernähren noch seine übrigen Bedürfnisse aus eigener Arbeit zu befriedigen. Im Gegenteil, es bedurfte dazu einer größtenteils auf Kredite gestützten ausländischen Einfuhr von über 2%

Milliarden Mark. Berücksichtigen wir, daß der Gesamtumsatz im Jahre 1924 zu 1923 nur um ein Fünftel abgenommen hat, der Passivsaldo jedoch um das Vierfache zu dem des Jahres 1913 zugenommen hat, trotz Bevölkerungs- und Gebietsverlust, so erkennen wir den Uebernormalbedarf in seiner ganzen Größe.

Wir kommen zur dritten Frage: Welche Warenkategorien sind von dem Rückgang der Ausfuhr am heftigsten getroffen worden? Das trifft in erster Linie auf die Steinkohlausfuhr zu, die von 5,1 % auf 0,9 % abfiel. Dann folgt die Ausfuhr von Stab- und Formeisen mit einem Rückgang von 2 % auf 0,6 %, der Roks mit 1,4 : 0,4 %, des Eisenbahnoberbaumaterials mit 0,8:0,1%, von Blechen und Draht mit 1,8:1,4%, Halbzeug 0,6 : 0,1 %, von Mehl und Mülereierzeugnissen 1,1 : 0,2 %, Roggen 1,3 : 0,1 % und von Hafer mit 0,9 : 0,2 %. Wir sehen, bei den meisten Erzeugnissen ist an die Stelle einer früheren Ausfuhr eine unergiebige Einfuhr getreten. Das gilt besonders für die Schwerindustrie und den Bergbau. Dem Gesamtrückgang der eingeführten Waren von 15 % auf 4,1 % gegenübersteht für wenige Warengüter eine Ausfuhrzunahme in bezug auf das Jahr 1913. So z. B. in der Textilindustrie, wo mit 18 % Ausfuhr ein Uebersehuf von 4,7 % erzielt worden ist. Ist das nun ein Zeichen der verminderten Kaufkraft oder steigenden Leistungsfähigkeit? Immerhin ein großer Aktionsposten. Auch die Textilmaschinenausfuhr paßt sich mit einer Steigerung von 1,1 : 1,6 % dem Ausfuhrüberschuß an. Ähnliches gilt für die Holzindustrie. Die Holzausfuhr von Bau- und Nutzholz stieg von 0,3 % im Jahre 1913 auf 0,6 % im Jahre 1924. Die Ausfuhr von Holz zu Holzmasse von 0,4 auf 0,6 % und die Möbelausfuhr von 0,7 auf 1,0 %. Auch die Industrien elektrotechnischer Maschinen und elektrischer Erzeugnisse hatten eine Ausfuhrsteigerung von 2,8 : 3,9 %, die Fahrradindustrie von 0,2 : 0,6 %, der Wasserfahrzeugbau von 0,1 : 0,4 %, die Filmdindustrie von 0,1 : 0,3 %, die Papierindustrie von 2,2 : 4,4 %. Die chemische Industrie mit 3,8 : 4,1 %, wozu noch 14 andere Exportgewerbe mit zusammen 7,5 : 13,5 % Steigerung kamen, so daß bei 36 Ausfuhrkategorien eine Zunahme von 30,8 auf 45,0 % erfolgt ist. Trotzdem vermögen diese Ausfuhraktiven im Rahmen der 133 Ausfuhrkategorien den allgemeinen Rückgang um fast 30 % nicht auszugleichen. Die Passivseite der Handelsbilanz hat das gezeigt. Wenn aber eine Ausfuhrunterbilanz von 3 562,4 Millionen Mark den Anteil der deutschen Volkswirtschaft um diesen

fehlt, dient die Küche gleichzeitig als Aufbewahrungsort für eingemachte Früchte und Gemüse, ja sogar zum Trocknen des im Wald geholten Brennholzes.

Die Enge des Wohnraumes beeinträchtigt insbesondere die Sauberkeit der Wohnungen. In der Küche, auf Gängen oder in Zimmern hängen Kleidungsstücke mit anderen Dingen herum. Tapeten sind zerrissen und kleben nicht dicht auf den Wänden und bieten deshalb dem Ungeziefer Schlupfwinkel; meist jedoch sind die Wände nur getüncht, zeigen große von der Feuchtigkeit herrührende Flecken oder sind sonst beschmutzt.

Die 12 Haushaltungen weisen nur das Notwendigste an Möbeln auf. Die Küchenmöbel bestehen in der Hauptsache aus Küchenschrank, Tisch und Stühlen, Herd und Gestellen für das Geschirr. Außer Betten findet man noch Oefen, Kommoden, Schränke, seltener Vertiko, Sofa oder Divan. Die Möbel selbst sind teils geerbt, teils durch Gelegenheitskauf erworben, und durchweg morsch und brüchig und durchaus ungeeignet, die Wohnung zu verschönern. Die Aufstellung der Möbel ist bedingt durch die Enge des Wohnraums.

Der vorstehende Bericht über die Wohnungsverhältnisse, den wir wegen Raumangel nicht voll und ganz wiedergeben können, zeigt zur Genüge, wie traurig es heute vielfach mit den Wohnverhältnissen der Arbeiterschaft steht. Wir könnten Fälle aufzählen, wo die Verhältnisse noch weit schlimmer lagen, als wie im angegebenen Falle. Es ist erfreulich, daß das Gewerbeaufsichtsamt in Baden einmal die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft beleuchtet. Das Geschrei von den hohen Verdiensten der Arbeiterschaft erfährt hier eine entschiedene Zurückweisung. Die Tatsachen beweisen, wie erbärmlich mancher Arbeiter auch bei vollem Verdienst leben und wohnen muß. Auf diesem Gebiete mitzuhelfen, für Besserung zu sorgen, muß das Bestreben eines jeden Arbeiters sein. Nur die Selbsthilfe, wie wir sie in unserm Verbands pflegen, kann zur Beseitigung der gekennzeichneten Mängel führen und die Verhältnisse für die Arbeiter allgemein bessern.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1926 der 41. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Abrechnung für das III. Vierteljahr 1926. In der vorigen Woche haben die Ortsverwaltungen die Abrechnungsformulare zur Abrechnung für das III. Vierteljahr 1926 erhalten. Möglichst schnelle Fertigstellung der Abrechnung ist im Interesse des Verbandes erforderlich.

Lohn- und Tarifbewegung.

Haupttarifamt für das Holzgewerbe.

Das Haupttarifamt trat am 28. September in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Zur Erledigung standen die folgenden Punkte:

1. Bericht der Obleute.

In der Zeit seit der vorigen Sitzung haben die beiderseitigen Obmänner des Haupttarifamtes eine Entscheidung gefällt in Sachen Akkorddifferenzen im Landesbezirk Schleswig-Holstein. Der Sachverhalt ergibt sich aus der folgenden, am 13. April 1926 gefällten

Entscheidung.

Die tarifvertraglich vereinbarten Akkordpreise bei der Firma Stimmöbelfabrik in A. sind Bestandteil des Lohnabkommens vom

1. Juli 1925. Sie können während der Dauer dieses Lohnabkommens, also vor dem 4. Februar 1926, nicht geändert werden. Die von der Firma am 9. Januar vorgenommenen Akkordpreiserhöhungen sind unzulässig. Die Firma ist verpflichtet, die abgezogenen Beträge für solche Akkorde nachzahlen, die vor Ablauf des Lohnabkommens vereinbart worden sind.

Begründung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Akkordpreise auf der Grundlage der tarifvertraglichen Bestimmungen vereinbart worden sind. Der betriebliche Akkordtarif bildet einen Bestandteil des Lohnabkommens vom 1. Juli 1925. Dieses Lohnabkommen legt während seiner ganzen Geltungsdauer sowohl die tarifvertraglichen Stundenlöhne als auch die Akkordpreise fest. Hieraus ergibt sich die Unabhängigkeit der Akkordpreise bis zum Ablauftermin des Lohnabkommens.

Die Ansicht der Arbeitnehmer, daß die Akkordpreise für die ganze Dauer des Mantelvertrages, also bis zum 15. Februar 1927 gelten, findet in den tariflichen Vereinbarungen keine Stütze. Der § 31 trifft auf den betrieblichen Akkordtarif der Firma nicht zu. Dieser Paragraph legt spezialisierte Akkordtarife nur nach ausdrücklicher Zustimmung der beiderseitigen Organisationen für die Dauer des Mantelvertrages fest.

In einem weiteren Fall, bei dem es sich um den Zuschlag für Nacharbeit handelt, haben die Obleute keine Entscheidung gefällt, sondern einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der von beiden Seiten angenommen wurde.

Der Bericht der Obleute wird vom Haupttarifamt ohne Erinnerung zur Kenntnis genommen.

Was hast Du in der vergangenen Woche getan, um Deine Berufsorganisation zu stärken?

Du willst keine Gelegenheit zur Werbearbeit haben?

Neben Dir arbeitet ein Unorganisierter. Einige Lehrlinge werden im gleichen Betrieb ausgebildet.

Ist es denn wirklich unmöglich, diesen klar zu machen, daß im Zusammenschluß die Stärke der Arbeiter liegt?

2. Ferienfreistellung im Landesbezirk Brandenburg.

Bei der Firma C. in B. wurde längere Zeit verkürzt gearbeitet. Im Jahresdurchschnitt betrug die wirkliche Arbeitszeit nach den Feststellungen der Firma nur 74 Prozent der vertraglichen. Aus diesem Grunde hält sich die Firma für berechtigt, die Ferienentschädigung nur mit 74 Prozent des vollen Anspruches zu gewähren. Der Tischler W. hat Anspruch auf die volle Entschädigung erhoben. Mit diesem Streitfall haben sich die Schlichtungskommission in B. und das Landestarifamt beschäftigt, an beiden Stellen ist ein Beschluß nicht zustande gekommen.

Das Haupttarifamt fällt die folgende

Entscheidung.

Die Firma C. ist verpflichtet, dem Tischler R. W. für die Dauer seines vertraglichen Urlaubs eine Entschädigung in Höhe seines vereinbarten Stundenlohnes, und zwar gemessen nach der vollen vertraglichen Arbeitszeit von täglich acht, wöchentlich 48 Stunden, zu zahlen.

Begründung.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Satz im § 59 des Landestarifvertrages für die Provinz Brandenburg: „Die Be-

rechnung erfolgt in allen Fällen nach der vollen vertraglichen Arbeitszeit“, sich auf den § 10 des gleichen Landestarifvertrages bezieht, der in seinem ersten Absatz besagt: „Die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen beträgt wöchentlich 48 Stunden, täglich 8 Stunden.“ Bei Abschluß des Tarifvertrages herrschte allseitig Klarheit darüber, daß bei der Ferienentschädigung eventuelle Kurzarbeit zur Zeit des Ferienantritts ebenso wenig zu berücksichtigen ist wie eventuelle Mehrarbeit.

3. Arbeitszeitdifferenzen im Landesbezirk Brandenburg.

In der Möbelfabrik P. in J. wurde bereits im Jahre 1925 mit der Belegschaft eine Vereinbarung entsprechend § 12 des Landestarifvertrages getroffen, wonach die Arbeitszeit auf 50 1/2 Stunden verlängert wurde. Hiernach wurde an fünf Tagen der Woche je 9 Stunden, am Sonnabend 5 1/2 Stunden gearbeitet. Im Juli dieses Jahres hat die Belegschaft durch den Deutschen Holzarbeiter-Verband dem Landestarifamt die Frage zur Entscheidung vorgelegt, wie lange Mehrarbeit über die vertragliche Arbeitszeit hinaus verlangt werden kann. Die Beantwortung der Frage wurde in der Sitzung des Landestarifamtes am 24. Juli vertagt. Am 6. September wurde sie den Obmännern überwiesen. Inzwischen hat der Betriebsinhaber am 3. September bei Arbeitschluß dem Betriebsobmann eröffnet, daß am Sonnabend, dem 4. September, und an den folgenden Sonnabenden nicht gearbeitet würde. Damit sollte für die Arbeiter, die ihre Ferien noch nicht genossen hatten, ein Teil des Ferienanspruchs abgegolten werden. Am Montag, dem 6. September, wurde dem Betriebsinhaber vom Obmann des Betriebsrates mitgeteilt, daß die Belegschaft die weitere Leistung von Ueberzeit ablehne, sie sei aber bereit, an fünf Tagen der Woche je 8 1/2 Stunden zu arbeiten. Als an diesem Tage die Arbeiter nach 8 1/2 stündiger Arbeit den Betrieb verließen, wurden alle entlassen. Die Obleute des Landestarifamtes konnten zu einer übereinstimmenden Beurteilung des Falles nicht kommen, sie haben deshalb die Entscheidung des Haupttarifamtes angerufen.

Nachdem die Vertreter beider Parteien den Wunsch ausgesprochen hatten, daß das Haupttarifamt gemäß § 3, Absatz 1 seiner Geschäftsordnung als Einigungsamt tätig sei, machte dieses nach vorausgegangenem Verhandlungen mit den Vertretern der Parteien den folgenden

Vermittlungsvorschlag.

1. Sämtliche Arbeiter werden wiederingestellt. Die Einstellung hat bis spätestens zum 4. Oktober 1926 zu erfolgen
2. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt infolge Arbeitsmangels bei Arbeitsaufnahme 24 Stunden.
3. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Die Arbeiter treten in ihre früheren Rechte wieder ein.
4. Ueber die Gewährung und Einteilung der Ferien ist mit der Betriebsvertretung bei der Arbeitsaufnahme eine Verständigung herbeizuführen.

Die Vertreter beider Parteien erklärten sich zur Annahme dieses Vermittlungsvorschlages bereit.

Außer diesen Fällen lagen dem Haupttarifamt noch Ferienstreitfragen aus den Landesbezirken Bayern und Brandenburg vor, bei denen es sich um die Auslegung des § 53 des bayerischen bzw. § 51 des brandenburgischen Landestarifvertrages handelt. Bei diesen Streitfragen konnte das Haupttarifamt zu einer Entscheidung nicht kommen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Röln. Polsterer und Tapezierer. Am Mittwoch, den 28. September, fand im Lokale des eine gutbesuchte Versammlung der Polsterer und Tapezierer statt, zu der unser Redakteur, Kollege Scheuble, als Referent erschienen war.

Kollege Wirzfeld eröffnete die Versammlung um 8 Uhr. Zu einem kurzen Bericht über Tarifverhandlungen erhielt zunächst Kollege Bunse das Wort. Derselbe führte aus: Nachdem die Tarifverhandlungen zur Schaffung eines Landesvertrages gescheitert waren, habe man in Köln versucht, wieder einen örtlichen Vertrag zu schaffen. Es hat denn auch im August eine Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in kleinem Kreise stattgefunden. Man habe aber in der Verhandlung den Eindruck gewonnen, daß eine Verständigung unter den Arbeitgebern, die an der Schaffung eines Landesvertrages beteiligt waren, dahingehend stattgefunden hat, in Köln unter keinen Umständen den früheren Spitzenlohn von 1,14 M. pro Stunde wieder tariflich festzulegen. Da auch sonst wesentliche Zugeständnisse nicht zu erreichen waren, seien auch diese Verhandlungen wieder gescheitert. Zur Urlaubsfrage teilte der Kollege Bunse mit, daß der größte Teil der Arbeitgeber den Urlaub in der alten Form gewährt habe, ein kleinerer Teil sich aber weigert, den Urlaub zu gewähren, und es notwendig sei eine Feststellungsklage anzustrengen.

Nach einer lebhaften Aussprache zur Frage der Ferienverteilung nahm Kollege Scheuble das Wort zu seinem Vortrag: Die gewerkschaftliche Arbeit und ihre Erfolge in der Nachkriegszeit. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Interesse aufgenommen.

Der gute Besuch der Versammlung und das rege Interesse gibt uns die Gewähr, daß auch die Sektion der Polsterer und Tapezierer gewillt ist, an dem Aufstieg des Verbandes mitzuarbeiten. In diesem Sinne erging auch am Schluß der Versammlung die Aufforderung des Vorsitzenden an alle Berufskollegen und Kollegen, sich an der Werbestreit zu beteiligen, um damit die Indifferenzen, die zum größten Teil in den kleinen Werkstätten sitzen, für die Sektion zu gewinnen.

Für die Versammlungen in den Herbst- und Wintermonaten sind eine Reihe sehr lehrreicher Vorträge in Aussicht genommen.

Storbefehl.

- Nich. Kuchenmeister, Rüfer, 53 Jahre, Köln.
- Joh. Lindgens, Schreiner, 52 Jahre, Essen-N.
- Jos. Lang, Säger, 71 Jahre, Kleinweiler-Hofen.
- Konr. Rieger, Schreiner, 41 Jahre, Rastatt.
- Ida Weigmann, Arbeiterin, 55 Jahre, Pöschkau.
- Hermann Konrad, Tischler, 25 Jahre, Hannover.

Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

■ Werftarbeiter! Wacht auf! Es ist bekannt, daß die deutsche Schiffbauindustrie schwer darniederliegt. Dieses hat wesentlich zur Vergrößerung des Heeres der Arbeitslosen be-

Dr. Rüdder.

Betrag an der Belieferung der Weltwirtschaft gekürzt hat, dann muß es sich auch nachweisen lassen, in bezug auf welche Länder diesen Ausfall sich besonders scharf ausgewirkt hat. Da steht nun an erster Stelle Rußland. Rußland hatte im Jahre 1913 eine Gesamteinfuhr im Werte von 2967,8 Millionen Mark. Davon entfielen auf die Einfuhr aus Deutschland allein 47,5 %. Im Jahre 1924 betrug die russische Einfuhr nur noch 470,5 Millionen Mark, wovon nur 21,1 % auf Deutschland entfielen. Das ist der bedeutendste Verlust. An zweiter Stelle steht Oesterreich. Die Einfuhr dieses Landes betrug 1913 = 2899,0 Millionen Mark. Ueber 40 % entfielen davon auf den Handel mit Deutschland. Im Jahre 1924 standen einer österreichischen Gesamteinfuhr von 2037,8 Millionen Mark jedoch nur noch eine Einfuhr aus Deutschland von 15 % gegenüber. Der englische Einfuhrbedarf betrug im Jahre 1913 = 15703,0 Millionen Mark. Hiervon stellte Deutschland 10,5 %. Im Jahre 1924 war dieser Bedarf bereits auf 23733,0 Millionen Mark angewachsen, der deutsche Anteil jedoch auf 2,9 % heruntergegangen. Auch in Frankreich stieg die Einfuhr. Und zwar von 6821,0 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 8789,0 Millionen Mark im Jahre 1924. Ganz Asien ist im Jahre 1924 ausgefallen. Ebenso ganz Afrika. Uebrigens lagen die Verhältnisse in Amerika. Von 22 Staaten schieden 1924 bis auf drei sämtliche aus. Und gerade hier summierte sich ein Ausfuhranteil, der durchaus von Gewicht war. Betrug er doch allein in Argentinien 16,9 %, in Brasilien 17,5 %, in Chile sogar 24,6 %, in Guatemala 20,3 % und in Paraguay 27 %. Bezeichnend ist, daß während die Einfuhr der Vereinigten Staaten vom Jahre 1913 bis 1914 von 7325,3 Millionen Mark auf 13067,0 Millionen Mark anwuchs, der deutsche Anteil in der gleichen Zeit von 10,3 auf 3,6 % abgefallen ist. In Australien endlich sank der Bezug aus Deutschland von 9 % auf 1 %, bei einer Einfuhr von 1913 = 1597,5 Millionen Mark und 1924 = 1776,1 Millionen Mark.

Die vorstehenden Zahlen lassen erkennen, wie groß einmal der Anteil Deutschlands an der Weltwirtschaft gewesen ist, und in welchem Maße Deutschland weitens von dieser Anteilnahme während des Beobachtungsjahrzehntes verdrängt worden ist. Nun wissen wir aber, daß in der Weltwirtschaft ein bestimmter Gleichgewichtszustand besteht, und daß der Anteil, der auf der einen Seite ausfällt, irgendwie auf einer anderen Seite ersetzt zu werden bemüht sein wird. Wie weit läßt sich dieser Vorgang ersetzen? Sehen wir von folgendem aus: Die Gesamteinfuhr

der fünf europäischen Großstaaten, Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich und Rußland betrug 1913 = 39161,6 Millionen Mark. Ihre Gesamtausfuhr im gleichen Jahre 34278,9 Millionen Mark. Das entspricht einem Passivstande von 4882,7 Millionen Mark. Im Jahre 1924 stieg die Gesamteinfuhr dieser fünf Länder auf 44166,6 Millionen Mark, die Ausfuhr 34780,5 Millionen Mark. Das bedeutet ein Anwachsen ihres Passivsaldo um 4503,4 Millionen Mark auf 9386,1 Millionen Mark. Vergleichen wir damit die Entwicklung der fünf amerikanischen Staaten: Argentinien, Kanada, Peru, Uruguay und der Vereinigten Staaten, so sehen wir folgendes: Einer Gesamteinfuhr von 12424,3 Millionen Mark im Jahre 1913 stand im Jahre 1924 eine Zunahme auf 21739,6 Millionen Mark gegenüber. Das ist eine Vermehrung um 9315,3 Millionen Mark. Aber: gleichzeitig wuchs die Ausfuhr von 14768,2 Millionen Mark auf 27769,5 Millionen Mark an, also um 13001,3 Millionen Mark. Das entspricht einem Aktivsaldo von 3686,0 Millionen Mark (ohne Kapitalausfuhr), dem ein europäischer Passivsaldo von 4503,4 Millionen Mark gegenübersteht. Das heißt: theoretisch würden dem Wert nach die fünf Staaten Amerikas über 75 % des europäischen Ein- und Ausfuhrüberschusses allein zu stellen in der Lage sein. Wie weit aber die Belieferung der amerikanischen Mehr-einfuhr durch deutsche Waren getätigt wurden, das haben wir kennengelernt. Es war ein besorgniserregender Rückgang.

Die vorstehenden Zahlen mögen genügen, um zu zeigen, wie sich das Bild der Weltwirtschaft verschoben hat, und wie der europäische Anteil an derselben hinter das Aufkommen Amerikas zurückgedrängt worden ist. Ich mußte mich dabei auf das Jahr 1924 beschränken, weil die internationalen Angaben für das Jahr 1925 noch nicht vorliegen. Aber immerhin vermitteln auch sie ein bestimmtes Bild. Einen Einblick, der keinen Zweifel darüber offen läßt, daß die alte Stellung in der Welt zunächst verloren ist, und daß der beinahe verdoppelte Bedarf der Länder jenseits des Ozeans auch ohne die Friedenswirtschaft Europas befriedigt worden ist. Ist das nicht bereits ein Zeichen der sich vollziehenden Umstellung in der Weltwirtschaft? Zeigte sich hier nicht werft die Tatsache, daß auch mit der Ausschaltung des europäischen Schwergewichts die Weltwirtschaft voranschreitet? Die Zahlen lehren, daß die Entwicklung auf dem Marsch ist. Cavete Europa!

sonders auch in der Holzindustrie der Werftorte beigetragen. Nur ein Drittel der in der Vorkriegszeit beschäftigten Werftarbeiter finden heute noch auf den Werften Arbeit und Brot. Die Werftbesitzer glaubten durch verlängerte Arbeitszeit und niedrige Löhne ihre Betriebe vor dem Zusammenbruch zu retten. Diese Rechnung hat sich als falsch erwiesen, wie die inzwischen sich vollzogene Stilllegung von Werften in Hamburg, Kiel und anderen Orten beweist.

Anfolge der Auslandskonkurrenz und der Vermehrung der ausländischen Schiffstonnage gestaltet sich die Lage auf den Werften immer schwieriger und so versuchen die Unternehmer eine neue Rettungsaktion, um ihre Betriebe weiterführen zu können. Die Rationalisierung soll sich auf Kosten der sowieso niedrig entlohnten Arbeiter vollziehen. Man kündigte den Werftarif zum 30. 9. 26 und verlangte:

1. Die neunstündige Arbeitszeit soll vor dem 30. 11. 28 nicht herabgesetzt werden;
2. die Löhne aller volljährigen Arbeiter (über 20 Jahre) sollen um 4 Pfg. und die der Jugendlichen um 2-4 Pfg. gekürzt werden;
3. die Ueberstunden- und Nachtstundenzuschläge sollen sich um 5 % für die ersteren und 10 % für die letzteren vermindern;
4. bei Wechselschichten soll die Nachtzeit nicht mehr um 6 Uhr, sondern um 8 Uhr beginnen;
5. der sechstägige Urlaub soll vollständig gestrichen werden;
6. in bezug auf Stücklohn (Akkord) soll die Lohngarantie nicht mehr 100 % des Zeitlohns betragen, sondern nur 80 %;
7. Sachvertreter sind nicht mehr von der Arbeit freizustellen. Soweit sie ihr Amt ausüben, wird ihnen die Zeit im Stundenlohn und evtl. Leistungszulage vergütet.

Allen Ernstes glaubten die Werftunternehmer, sie könnten in der Verhandlung am 7. 9. 26 die Arbeitnehmervertreter davon überzeugen, daß die Kostlage der Werftindustrie zu dieser Uenderung zwinge, um die „Produktionskosten“ zu senken und die Betriebe vor Stillstand zu bewahren. Den Arbeitnehmervertretern war allerdings nicht das notwendige Verständnis für die Wünsche der Arbeitgeber abzurufen. Obigen Forderungen der Werftbesitzer standen die der Arbeiter gegenüber, und zwar: Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit, Erhöhung der Grundlöhne im Durchschnitt um 15 bis 20 %, bei Arbeit im Zeitlohn ein Zuschlag von 15 %, Streichung der Sozialzulage, Erhöhung der Ueberstundenzuschläge um 5 bzw. 10 %, Beibehaltung des bisherigen sechstägigen Urlaubs und einige andere Erleichterungen. Bei diesen gegensätzlichen Forderungen war eine Verständigung ausichtslos und es erklärten die Arbeitnehmervertreter, ihre Wünsche einem Sonderprüfungsausschuß vorzutragen. Der Schlichtungsausschuß hat getagt und entschieden, daß es beim alten bleiben soll. Dieser Schiedsspruch ist durch Urabstimmung der Werftarbeiter abgelehnt, daselbe haben die Arbeitgeber getan. Was nun wird, muß abgewartet werden.

Es wird sich nun erweisen müssen, ob die Werftarbeiter aus dem mehr als 14 wöchentlichen Kampfe 1924 etwas gelernt haben. Damals setzten die Werftbesitzer ihre Hoffnung auf das schlechte Organisiertsein ihrer Arbeiter. Wenn dieser damalige Kampf trotz der vielen Unorganisierten nicht schon nach einigen Wochen zusammenbrach, so war das nur ein Beweis dafür, wieviel Bitteres die Werftarbeiter im Laufe der Jahre von den Unternehmern erduldet haben müssen, um sich einen langandauernden Verzweiflungskampf in Ruhe und Ordnung — ohne Streikbrecher — auszutragen.

Sollten heute wieder die Werftbesitzer mit dem Unorganisiertsein der Werftarbeiter rechnen, oder haben die vaterländisch organisierten Arbeiter (Selbe) ihre Unterstützung angeboten im Kampfe gegen die Arbeiter für die Unternehmer? Diese Frage ist nicht unberechtigt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß überall an der Wasserkante von den Arbeitgebern versucht wird, die Selben zu züchten. Eine Zahl Doktoren der Volkswirtschaft sind tätig, um Gründungen zu vollziehen. Eine besondere Probe des Könnens im Streikbruch haben die Selben im letzten Herbst und Winter auf der Bremer Stuhlfabrik in Bremen abgelegt.

Am 26. 9. hat diese Garde in Bremen ihr Jahnenweihfest gefeiert. Die Jahneninschrift lautet: Deuschtum, Wahrheit, Tapferkeit und Treue. Deuschtum pflegt man, indem man den Arbeiterstand wieder zum Sklaven des Geldsacks verhandeln will, Wahrheit übt man durch Verrat an der Arbeitssache, Tapferkeit wird im Streikbruch bewiesen und Treue hat man dem ausbrennenden Kapitalismus geschworen. Sind das nicht hohe Ziele für die Selben?

Kollegen! Nach dem Stande der Dinge haben wir auf der Hut zu sein. Ohne eine restlos organisierte Werftarbeiterchaft wird das, was die Werftbesitzer wollen, nicht zu verhindern sein.

Also Kollegen, aufgewacht und den letzten Unorganisierten für die christlichen Gewerkschaften, besonders jeden unorganisierten Holzarbeiter für den Zentralverband christlicher Holzarbeiter herangeholt, ehe es zu spät ist. Nur durch eifrige Werbearbeit und Kleinarbeit werden wir groß und stark werden.

Ph. Zahn.

■ Die rechte Stellung des Arbeiters zum Unternehmer. Der Unterschied in der Stellung der sozialistischen Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften und der gelben Werksgemeinschaftler zum Unternehmertum läßt sich auf die Formel bringen: Klassenkampf, gesunde Gegenseitlichkeit, unnatürlicher Burgfriede. Während die beiden Extreme Klassenkampf und Burgfriede die gottgemollte Ordnung zerreißen, das erste, weil unentwegter Kampf zerstört, das zweite, weil untermwürdiges Helotentum auf die Dauer unerträglich wird, entspricht der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften den gegebenen Bedingungen. Der vorhandene natürliche Gegensatz wird herausgestellt, nicht um den Kampf zu verewigen, sondern zur Schaffung erträglicher Verhältnisse. Diese richtige Auffassung hat Prof. Dr. phil. et med. Walter Doppelreuter-Bonn (Arbeitgeber 18/1926 Seite 379) trefflich charakterisiert, wenn er sagt: „Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern wird es niemals geben. Das einzige, was erreicht werden soll, ist, daß sie nicht inimici (unversöhnliche Feinde), sondern adversarii (vernünftige Gegner) sein sollen.“

Mag es gemollt oder nicht gemollt sein, in diesen Worten liegt eine glänzende Rechtfertigung der christlich-gewerkschaftlichen Einstellung zum Unternehmer.

■ Jubiläumstagung des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustrie-Arbeiter Deutschlands.

Am 19. September fand in Düsseldorf unter zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern und Gästen die Fünfundzwanzigjahrfeier des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustrie-Arbeiter Deutschlands statt. Von den Begrüßungsrednern betonte Pastor Illgenstein, daß gerade die christliche Gewerkschaftsbewegung diejenige sei, welcher die Aufgabe einer Ueberbrückung der Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes zufalle. Valtrusch vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hob hervor, daß nur die Bewegung der Arbeiterschaft zum Aufstieg verhelfen könne, die auf dem Boden des positiven Christentums stehe. In seiner Festrede legte der Vorsitzende und Gründer des Verbandes, Christian Schmitz, das Werden und Wirken des Verbandes dar, der heute als ein wertvolles Glied der christlichen Gewerkschaften stark und gefestigt dastehe.

An die öffentliche Rundgebung schloß sich die fünfte Generalsammlung an, in der der Vorsitzende an Hand des Geschäftsberichtes einen erfreulichen Aufschwung feststellen konnte. Der Verband ist in nahezu allen Zweigen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie vertreten und an 400 Tarifverträgen beteiligt. Auch zum Problem der Arbeitslosigkeit wurde Stellung genommen. Das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Valtrusch hielt einen Vortrag über das Thema: „Wie steht es um die deutsche Wirtschaft.“ Die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei keine Produktions-, sondern eine Absatzkrise. Unser Anteil am Weltmarkt sei noch viel zu gering. Unbedingt notwendig wäre, daß die Kaufkraft der unteren Schichten eine bedeutende Stärkung erführe. Vom Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei besonders außenpolitisch eine günstigere Atmosphäre zu erwarten. Nur dann könne die Arbeiterschaft sich mit ihren berechtigten Forderungen durchsetzen, wenn sie zur Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaften beitrüge. In der anschließenden Diskussion kam der erfreuliche Wille der Verbandsvertreter zum Ausdruck, alle Kräfte für den weiteren Ausbau der christlichen Gewerkschaftsidee einzusetzen.

Aus dem gewerblichen Leben.

■ Arbeitsbeschaffung und Ueberstunden. Die Bemühungen, die derzeitige Wirtschaftskrise durch Arbeitsbeschaffung zu mildern, scheitern zum Teil am Unverständnis derer, die von der Krise bisher nicht betroffen wurden. Sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer verständigigen sich an den Arbeitslosen, wenn die in den letzten Wochen eingehenden Aufträge durch Ueberstundenleistung erledigt werden. Weil dieser Unfug bereits einen großen Umfang angenommen hat, hat der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß die Sozialministerien der Länder darauf hingewiesen, daß das im Zusammenwirken mit den Ländern von der Reichsregierung aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm seinen Zweck, die Erwerbslosigkeit zu vermindern, verfehlen würde, wenn die im Zusammenhang mit dem Programm sich ergebende vermehrte Arbeitsgelegen-

heit durch eine über das übliche Maß hinausgehende Mehrarbeit der vorhandenen Belegschaften aufgelesen werden würde. Der Reichsarbeitsminister bittet, dahin zu wirken, daß eine ungesunde Zunahme der Ueberstunden vermieden wird.

■ Holztechnikum Plau. In Plau in Mecklenburg ist mit städtischer Subvention die erste deutsche höhere Fachschule für die Holzindustrie unter dem Namen Holztechnikum Plau gegründet worden, die den Unterricht am 18. Oktober aufnimmt. Ihr Ziel ist die Ausbildung von Sägewerksmeistern, Werkmeistern, Technikern und Betriebsleitern sowie Konstrukteuren und Ingenieuren für die gesamte Holzindustrie. Ferner sind Kurse für Holzhändler angeschlossen. Damit ist dem dringenden Bedürfnis nach einer solchen Schule, die seit Jahrzehnten von der Holzindustrie gewünscht wurde, abgeholfen. Die deutsche Holzindustrie ist im Gegensatz zur Maschinen- und Elektroindustrie sehr merklich hinter der des Auslandes zurückgeblieben, was nicht zum wenigsten auf den Mangel jeglicher Schulung des Nachwuchses zurückzuführen ist. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß nunmehr eine Ausbildungsstätte geschaffen wurde, die berufen ist, der Holzindustrie in ihrem schweren Wirtschaftskampfe tüchtige Helfer zuzuführen. Programme werden von der Anstaltsleitung kostenlos auf Anfordern versandt.

Aus Arbeitgeberkreisen.

■ Wirtschafts-„Führer“. Nach dem Kriege ist es Sitte geworden, daß sich Unternehmer und Syndizi gerne Wirtschaftsführer nennen lassen. Wie wenig aber vielen Leuten, die in den letzten Jahren im Wirtschaftsleben eine Rolle gespielt haben, wirkliche Führerqualitäten zuzusprechen waren, hebt ein Artikel in der „Industrie- und Handelszeitung“ (117) über das Persönlichkeitsproblem in der Wirtschaft hervor, in welchem es u. a. heißt:

Infolge des Krieges und der Inflationswirren ist noch heute das Wirtschaftsleben verhältnismäßig zu stark durchsetzt mit völlig unqualifizierten Elementen, und es ist an der Zeit, der Ausschaltung solcher Ueberreste einer Periode wirtschaftlicher Krankheit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Seit der Marktstabilisierung haben wir die überragendsten Zusammenbrüche erlebt, fraglos zum großen Teil als Folgen allgemeiner Produktions- und Absatzschwierigkeiten, der gestörten weltwirtschaftlichen Beziehungen, der Würde der Steuern und vielerlei anderer Umstände, bei denen die verantwortlichen Personen als einzelne entschuldbar sind. Immerhin hat es nicht an einer Ueberzahl von Fällen gefehlt, in denen zum mindesten wenige Eingeweihte wußten, daß weit mehr als alle Einwirkungen von außen es unqualifizierte Personen an verantwortlicher Stelle waren, die den Zusammenbruch verschuldet hatten. Ab und zu sind solche Fälle auch vor die breitere Öffentlichkeit gerückt worden — wenn es sich um bedeutende Unternehmungen handelte und das Eingreifen der Staatsanwaltschaft unvermeidlich wurde (Stahlwerk Becker, Kutischer, Warmat, Molinari). In unzähligen Fällen wissen nur die unmittelbar Interessierten um die Zusammenhänge, und es wird häufig bei ihnen der Wunsch maßgebend sein, zu dem geldlichen Verlust nicht noch die öffentliche Blamage zu gesellen.

Für das Versagen solcher Wirtschafts-„Führer“ haben die Arbeitnehmer in den zusammengekrachten Betrieben vielfach die Zehne zahlen müssen. Man wird daher alle Veranlassung haben, in Zukunft mit dem Worte Wirtschaftsführer recht vorsichtig umzugehen.

Fachtechnisches.

■ Ledertücher. Zum Abreiben polierter Möbel, aber auch von Tafelgeschirr, Silberzeug, Goldsachen und Beschlägen aller Art, ist das sog. Wildleder (von jämisch-gargegerbten kleinen Tierfellen verschiedener Art), selbst den weichsten Staubtüchern vorzuziehen. Das Wildleder ist in der Anschaffung wohl etwas teuer, dafür aber wesentlich haltbarer und zweckdienlicher. Die Reinigung der vorgenannten Objekte erfolgt in der Weise, daß ein mäßiges Quantum Soda in heißem Wasser vollständig aufgelöst wird. Man fügt soviel kaltes Wasser hinzu, bis die Lösung lauwarm ist. Das Ledertuch wird mit etwas weißer Seife eingerieben. Hierauf wäscht man die Stücke rein. Mit dem fest ausgedrückten Lappen wird nachgerieben. Bei unsäglichlicher Behandlung kann das Ledertuch leicht verdorben werden. Man trocknet dieses am besten ohne vorherige Spülung, da diese die in der Seife enthaltenen fettigen Bestandteile restlos aus dem Leder auslaugt, so daß dieses im trocknen Zustande hart wird. Es ist ratsam, das Putzleder nach erfolgtem oberflächlichem Trocknen etwas durchzuwalken bzw. über eine stumpfe Kante durchzuziehen. Bei dieser Behandlung erhält sich das Putzleder dauernd geschmeidig.

Rarl Micksch.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2,- Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Deutzerwall 9 zu richten.

Wirklich tüchtige Fertigpolierer

für furnierte Schlafzimmer sofort gesucht.

Gustav Bühler, Spaichingen (Württbg.)

Auffehererregende Neuheit:

Konzert-Violin-Duett-Zither „Sibala“

sowie alle anderen Musikinstrumente wie Geigen, Mandolinen, Gitarren, Harmonikas usw.

vermittelt direkt vom Erzeuger zum Verbraucher

Richard Barthel, Vera i. Thür. Robert-Fischer-Straße 4.

Vertreter überall gesucht. Reichlich und angenehmer Nebenverdienst.